***Sicherheitsholzerei entlang von
Kantonsstrassen
Bewilligung eines Verpflichtungskredites***

Botschaft und Entwurf des Regierungsrates
an den Kantonsrat von Solothurn
vom 14. Mai 2007, RRB Nr. 2007/808

Zuständiges Departement

Bau- und Justizdepartement

Vorberatende Kommissionen

Umwelt-, Bau- und Wirtschaftskommission
Finanzkommission

Inhaltsverzeichnis

Kurzfassung	3
1. Ausgangslage	5
1.1 Vernehmlassungsverfahren	6
1.2 Erwägungen, Alternativen	6
2. Verhältnis zur Planung	6
3. Auswirkungen	6
3.1 Personelle und finanzielle Konsequenzen	6
3.2 Vollzugsmassnahmen	6
3.3 Folgen für die Gemeinden	7
3.4 Wirtschaftlichkeit	7
4. Rechtliches	7
4.1 Rechtmässigkeit	7
4.2 Zuständigkeit	7
5. Antrag	9
6. Beschlussesentwurf	10

Kurzfassung

Der in den letzten 40 Jahren stetig sinkende Holzpreis führt dazu, dass zunehmend grössere Waldflächen nicht mehr forstwirtschaftlich genutzt werden. In schwer zugänglichen Waldpartien wurde die Bewirtschaftung schon seit einiger Zeit aufgegeben, so dass hier die Bestände zu Instabilität neigen. Führen Verkehrswege durch solche Wälder, kann von diesen eine erhebliche Gefahr auf den Strassenbenutzer ausgehen.

Die heftigen Nassschneefälle im März 2006 führten dazu, dass in verschiedenen Kantonsteilen Strassen längere Zeit unpassierbar waren. Nur Glück verhinderte, dass keine Verkehrsteilnehmer zu Schaden kamen.

Angesichts der prekären Situation im Frühjahr 2006 verlangte Kantonsrat Remo Ankli Auskunft über die Risiken, welche von vernachlässigten Wäldern entlang von Strassen ausgehen und wie die Finanzierung zur Beseitigung dieser Gefahrenquellen geregelt sei (Interpellation Remo Ankli vom 22. März 2006; I 038/2006).

In unserer Antwort (RRB Nr. 2006/1132 vom 13. Juni 2006) stellten wir klar, dass für die vorsorgliche Beseitigung instabiler Bäume und Baumgruppen, die im Bereich von Wald eine Gefährdung der Verkehrssicherheit darstellen, künftig nicht mehr ausschliesslich die Waldeigentümer, sondern auch der Kanton als Strasseneigentümer verantwortlich sei. Dieser soll im Wesentlichen dort die Kosten tragen, wo der Wald nicht mehr bewirtschaftet und der Natur überlassen wird. Massnahmen der Eigentümer zur Sanierung instabiler, als bewirtschaftet geltende Bestände entlang von Kantonsstrassen, könnten mit Beiträgen an gemeinwirtschaftliche Leistungen gemäss § 27 des kantonalen Waldgesetzes vom 29. Januar 1995 (WaGSO, BGS 931.11) unterstützt werden.

Um eine kantonsweite Übersicht über die zu sanierenden Waldbestände entlang von Kantonsstrassen und der zur Sanierung notwendigen Massnahmen zu erhalten, hat das Amt für Wald, Jagd und Fischerei in Zusammenarbeit mit den Kreisbauämtern einen Massnahmenplan für die Jahre 2007 – 2013 ausgearbeitet, welcher die gefährlichen Bestände bezeichnet und deren Sanierungsdringlichkeit festlegt.

Der Plan sieht Massnahmen mit Kosten (nach Abzug von Holzerlös) von insgesamt 1'850'000 Franken vor, für welche ein Verpflichtungskredit genehmigt werden muss.

Sehr geehrter Herr Präsident
 Sehr geehrte Damen und Herren

Wir unterbreiten Ihnen nachfolgend Botschaft und Entwurf über einen Verpflichtungskredit zur Sanierung von instabilen Waldbeständen entlang von Kantonsstrassen mit Mitteln aus dem Strassenbau-fonds und Beiträgen nach kantonalem Waldgesetz vom 29. Januar 1995 (WaGSO, BGS 931.11).

1. Ausgangslage

Der in den letzten 40 Jahren stetig sinkende Holzpreis führt dazu, dass zunehmend grössere Wald-flächen nicht mehr forstwirtschaftlich genutzt werden. In schwer zugänglichen Waldpartien wurde die Bewirtschaftung schon seit einiger Zeit aufgegeben, so dass hier die Bestände zu Instabilität neigen. Führen Verkehrswege durch solche Wälder, kann von diesen eine erhebliche Gefahr auf den Stras-senbenutzer ausgehen.

Die heftigen Nassschneefälle im März 2006 führten dazu, dass in verschiedenen Kantonsteilen Strassen längere Zeit unpassierbar waren. Nur Glück verhinderte, dass keine Verkehrsteilnehmer zu Schaden kamen.

Angesichts der prekären Situation im Frühjahr 2006 verlangte Kantonsrat Remo Ankli Auskunft über die Risiken, welche von vernachlässigten Wäldern entlang von Strassen ausgehen und wie die Fi-nanzierung zur Beseitigung dieser Gefahrenquellen geregelt sei (Interpellation Remo Ankli vom 22. März 2006; I 038/2006).

In unserer Antwort (RRB Nr. 2006/1132 vom 13. Juni 2006) stellten wir klar, dass für die vor-sorgliche Beseitigung instabiler Bäume und Baumgruppen, die im Bereich von Wald eine Gefährdung der Verkehrssicherheit darstellen, künftig nicht mehr ausschliesslich die Waldeigentümer, sondern auch der Kanton als Strasseneigentümer verantwortlich sei. Dieser soll im Wesentlichen dort die Kosten tragen, wo der Wald nicht mehr bewirtschaftet und der Natur überlassen wird. Massnahmen der Ei-gentümer zur Sanierung instabiler, als bewirtschaftet geltende Bestände entlang von Kantonsstrassen, könnten mit Beiträgen an gemeinwirtschaftliche Leistungen gemäss § 27 des kantonalen Waldgeset-zes unterstützt werden.

Um eine kantonsweite Übersicht über die zu sanierenden Waldbestände entlang von Kantonsstrassen und der zur Sanierung notwendigen Massnahmen zu erhalten, hat das Amt für Wald, Jagd und Fi-scherei in Zusammenarbeit mit den Kreisbauämtern einen Massnahmenplan für die Jahre 2007 – 2013 ausgearbeitet, welcher die gefährlichen Bestände bezeichnet und ihre Sanierungsdringlichkeit festlegt.

Der Plan sieht Massnahmen mit Kosten von insgesamt 1'850'000 Franken vor. Diese unterteilen sich:

Massnahmen in bewirtschafteten Wäldern (Fall 1)	650'000 Franken
Massnahmen in unbewirtschafteten Wäldern mit Holzertrag (Fall 2):	550'000 Franken

Massnahmen in unbewirtschafteten Wäldern ohne Holzertrag (Fall 3): 650'000 Franken

Die Kostenbeiträge an die Waldeigentümer sollen in den Fällen 1 und 2 mit Pauschalansätzen ermittelt werden. Diese sind nach der Geländeneigung abzustufen. Die dem Fall 3 zugeordneten Massnahmen (Spezialholzerei) werden nach Aufwand abgerechnet. Für die Durchführung dieser Eingriffe sind jeweils vom Kreisbauamt mindestens zwei Offerten einzuholen.

1.1 Vernehmlassungsverfahren

Der Bürgergemeinden und Waldeigentümer Verband Kanton Solothurn (BWSO) begrüsst das gewählte Vorgehen.

1.2 Erwägungen, Alternativen

Eine stärkere Einbindung der Waldeigentümer in die Finanzierung der Massnahmen zur Sanierung von Gefahrenquellen entlang von Kantonsstrassen würde mittelfristig dazu führen, dass das Eigentum an nicht bewirtschaftetem Wald aufgegeben würde. Die Parzellen würden zusammen mit den anfallenden Kosten an den Kanton fallen.

2. Verhältnis zur Planung

Der Erhalt eines leistungsfähigen und sicheren Kantonsstrassennetzes ist eine kantonale Kernaufgabe, welche sich aus Verfassung sowie Gesetz ergibt und auch in der mittelfristigen Planung (IAFP, Kap. 3.7) festgehalten ist.

3. Auswirkungen

Das gewählte Vorgehen sichert das Kantonsstrassennetz weitgehend vor Gefährdungen durch instabile Waldbestände.

3.1 Personelle und finanzielle Konsequenzen

Das Projekt wird über seine Laufzeit von sieben Jahren mit insgesamt 1'200'000 Franken teilweise aus dem Strassenbaufonds finanziert. Für Massnahmen in bewirtschafteten Wäldern, welche eine Gefahr für den Strassenverkehr darstellen, sind über denselben Zeitraum Beiträge nach Waldgesetz in der Höhe von 650'000 Franken vorgesehen. Hinsichtlich der Festlegung der Massnahmen im Wald obliegt die Federführung für das Vorhaben dem Amt für Wald, Jagd und Fischerei, die Ausführungsarbeiten werden von den Waldeigentümern oder Forstunternehmern wahrgenommen. Für Absperrmassnahmen und die Signalisation zeichnen die Kreisbauämter verantwortlich. Das Projekt belastet den Strassenbaufonds jährlich mit rund 150'000 Franken bis 200'000 Franken. Das Globalbudget Wald, Jagd und Fischerei wird mit rund 100'000 Franken pro Jahr belastet.

3.2 Vollzugsmassnahmen

Der Vollzug ergibt sich aus der Projektplanung. Amt für Verkehr und Tiefbau und Amt für Wald, Jagd und Fischerei arbeiten dabei eng zusammen.

3.3 Folgen für die Gemeinden

Die Gemeinden sind in erster Linie als Waldeigentümer betroffen. In dieser Rolle profitieren sie vom vorgesehenen Projekt.

Als Eigentümer von Gemeindestrassen nehmen sie unabhängig vom nun vorliegenden Projekt, analog dem Kanton im Bereich seiner Strassen, ihre Verantwortung für die Verkehrssicherheit wahr. Für die Sanierung von bewirtschafteten Wäldern entlang von Gemeindestrassen können basierend auf § 27 WaGSO auf Antrag Beiträge gesprochen werden.

3.4 Wirtschaftlichkeit

Die Massnahmen mit Kosten (unter Einrechnung des anfallenden Holzerlöses) in der Höhe von insgesamt 1'850'000 Franken dienen der Verkehrssicherheit, 1'200'000 Franken sind dem Strassenunterhalt und 650'000 Franken als Beitrag an gemeinwirtschaftliche Leistungen gemäss § 27 WaGSO zuzurechnen. Die Kosten sind dem allgemeinen, nicht bezifferbaren Nutzen einer intakten Verkehrsinfrastruktur und den Kosten für eine allfällige Haftung des Kantons als Strasseneigentümer gegenüberzustellen.

4. Rechtliches

Für die Sicherheitsholzerei entlang von Kantonsstrassen sind Ausgaben von insgesamt 1'850'000 Franken geplant.

4.1 Rechtmässigkeit

Die Rechtsgrundlage für die Ausgaben für Massnahmen in nicht bewirtschafteten Wäldern entlang von Kantonsstrassen in der Höhe von 1'200'000 Franken ergibt sich aus der Verantwortung des Kantons als Eigentümer der Strasse (§§ 1 und 18 ff. Strassengesetz vom 24. September 2000, BGS 725.11).

Die Ausgabe für Massnahmen in bewirtschafteten Wäldern von 650'000 Franken basiert auf § 27 (Beiträge an gemeinwirtschaftliche Leistungen) des Waldgesetzes des Kantons Solothurn vom 29. Januar 1995 (WaGSO, BGS 931.11).

4.2 Zuständigkeit

Für die Sanierung der Waldbestände entlang von Kantonsstrassen muss ein Verpflichtungskredit bewilligt werden. Mit dem Verpflichtungskredit wird nach § 56 Absatz 1 Buchstabe a des Gesetzes über die wirkungsorientierte Verwaltungsführung vom 3. September 2003 (WoV-Gesetz; BGS 115.1) der Regierungsrat ermächtigt, bis zu einer bestimmten Summe für einen bestimmten Zweck finanzielle Verpflichtungen einzugehen, deren Abwicklung sich über mehrere Jahre erstreckt. Diese Ermächtigung hat der Kantonsrat mit der Bewilligung eines Verpflichtungskredites zu erteilen.

Die Bewilligung des Verpflichtungskredites durch den Kantonsrat unterliegt weder dem obligatorischen noch dem fakultativen Referendum, da – gestützt auf das Waldgesetz – die vorgesehene Massnah-

me nach § 55 Absatz 1 Buchstaben a und b WoV-Gesetz eine gebundene Ausgabe darstellt. Die Entnahme von 1'200'000 Franken aus dem Strassenbaufonds stellt eine zweckgebundene Mittelverwendung und damit finanzrechtlich keine Ausgabe dar.

Der Beschluss unterliegt auch nicht dem Gesetz über die Erschwerung von Ausgabenbeschlüssen vom 11. März 2007 (BGS 121.24), da es sich einerseits um eine gebundene Ausgabe handelt und die Entnahme aus dem Strassenbaufonds andererseits finanzrechtlich keine Ausgabe darstellt.

5. Antrag

Wir bitten Sie, auf die Vorlage einzutreten und dem nachfolgenden Beschlussesentwurf zuzustimmen.

Im Namen des Regierungsrates

Peter Gomm
Landammann

Dr. Konrad Schwaller
Staatschreiber

6. Beschlusse Entwurf

Sicherheitsholzerei entlang von Kantonsstrassen: Bewilligung eines Verpflichtungskredites

Der Kantonsrat von Solothurn, gestützt auf § 56 Absatz 1 Buchstabe a WoV-Gesetz (BGS 115.1) vom 3. September 2003, nach Kenntnisnahme von Botschaft und Entwurf des Regierungsrates vom 14. Mai 2007 (RRB Nr. 2007/808), beschliesst:

1. Für die Sicherheitsholzerei entlang der Kantonsstrassen in den Jahren 2007 – 2013 wird ein Verpflichtungskredit von 1'850'000 Franken bewilligt. Der Verpflichtungskredit verändert sich um die teuerungsbedingten Mehr- oder Minderkosten.
2. Die jährlichen Anteile des Verpflichtungskredites sind in den jeweiligen Voranschlagskrediten der Globalbudgets "Strassenbau" (Erfolgsrechnung) und "Wald, Jagd und Fischerei" aufzunehmen.
3. Der Regierungsrat wird mit dem Vollzug beauftragt.

Im Namen des Kantonsrates

Präsident

Ratssekretär

Dieser Beschluss unterliegt nicht dem Referendum.

Verteiler KRB

Bau- und Justizdepartement (2)
Amt für Verkehr und Tiefbau (2)
Volkswirtschaftsdepartement
Amt für Wald, Jagd und Fischerei
Finanzdepartement (2)
Amt für Finanzen (2)
Kantonale Finanzkontrolle
Parlamentdienste
Parlamentscontroller